

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 7/46. Jahrgang

Juli 2015

Schutzgebühr: 0,40 €

Gießen hat NICHT gewählt

Das ist das aussagekräftigste Ergebnis zur OB-Wahl am 14. Juni. Gerade mal 30% haben gewählt, wobei man die gut 2% noch abziehen müsste, die mit ihrem ungültig gemachten Stimmzettel ausdrückten: Es gibt nichts zu „wählen“.

53,6% für Dietlind Grabe-Bolz sind lediglich 15% der Wahlberechtigten; in absoluten Zahlen hat sie 4000 Stimmen (fast die Hälfte!) weniger erhalten als vor fünf Jahren - obwohl auch die Grünen diesmal aufgerufen hatten, sie zu wählen. Ein eher bescheidenes Ergebnis, das durch das euphorische Lob des SPD-Fraktionsvorsitzenden Merz über den „Super-Wahl-

tag“ nur peinlicher wird. - Aber auch die CDU hat keinen Grund zur Freude: Ganze 10,7% der Wahlberechtigten stimmten für die Kandidatin der „Volkspartei“.

Die allgemeine Klage über die geringe Wahlbeteiligung ist für die Katz. Es war vielen bewusst, dass diese Wahl – egal wie sie ausgeht – an der konkreten Situation der Menschen in Gießen nicht das Geringste ändern wird. Vor allem viele der tausend Menschen, die sich gegen die LaGa engagiert haben und das, was der Magistrat unter „Demokratie“ versteht, zu spüren bekamen, dürften diese „Wahl“ boykottiert haben.



Elizabeth II. und Angela I.

Erfreulich ist - und das hat die BI gegen die LaGa vorgemacht -, dass mehr Menschen in Gießen beginnen, sich selbst gegen die Magistratspolitik, die nicht ihren Interessen entspricht, zu wehren, statt anzunehmen, allein mit einem Wahlkreuzchen etwas verändern zu können.

Michael Beltz

Uni-Klinik: Streik für mehr Geld und mehr Personal

Am 24. Juni versammelten sich früh am Morgen schon ca. 400 Beschäftigte vor dem Haupteingang der Uni-Klinik (UKGM) zum Warnstreik. Gut gelaunt und kämpferisch lauschten die Beschäftigten den Reden auf der Streik Kundgebung. Die ver.di-Jugend prangerte ausbildungsfremde Tätigkeiten am UKGM an, die für viel Stress unter den Azubis sorgen würden. Um 10:30



setzte sich eine Streikdemonstration mit mittlerweile ca. 500 Personen in Richtung Elefantenklo in Bewegung.

Dort angekommen, legten sich Streikende auf die Straße, um symbolisch darauf aufmerksam zu machen, dass die stressige Arbeit das Personal zu Boden ringt und krank macht. Auf der Abschlusskundgebung nahmen die Streikenden an der dezentra-

len, bundesweiten Schilder-Aktion zu Personalmangel an Kliniken teil, mit der 162.000 fehlende Stellen eingefordert werden. Wir waren mit unserer selbstgestellten Kleinzeitung: „KLAPPE AUF! Für unser UKGM“ vor Ort. Sehr gern nahmen die Streikenden unsere Solidarität und Kleinzeitung entgegen. SDAJ-Gießen/Marburg

Inhalt:

Mehr kirchliche Kitas/Flüchtlinge	S.2
LaGa-Folgen/Kürzung an Schulen	S.3
Unikliniken: mehr Profit	S.4
Kita-Schlichtung/Poststreik	S.5
Griechenland: Auf die Knie!	S.6
FIFA-Korruption/Leserbriefe	S.7
Termine/Imperialismus der BRD	S.8

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Kirche macht sich in Gießener Kitas breit

Weniger als ein Drittel der Kitaplätze in Gießen sind in städtischen Einrichtungen, die meisten sind kirchlich und werden mit staatlichen Geldern unterstützt und gefördert.

Eltern, die für ihre Kinder eine weltanschaulich neutrale Einrichtung suchen, haben es zunehmend schwerer, obwohl Grundgesetz und Hessische Verfassung die Trennung von Staat und Kirche vorschreiben. Etwa 35% der Bevölkerung im Kreis Gießen gehören keiner Kirche an; in der Stadt dürfte der Anteil noch erheblich höher liegen. Und die Kirchaustritte häufen sich: 1815 Menschen haben 2014 die Kirchen verlassen, 400 mehr als im „Rekordjahr“ 2013.

Dabei geht es nicht nur um die nichtchristlichen Eltern und Kinder, die von den Kirchen vereinnahmt werden. Auch die Beschäftigten müssen sich dem Diktat der Kirchen beugen. In den Stellenausschreibungen ist jeweils die Mitgliedschaft in einer Kirche Bedingung, was dazu führt, dass manche sich nicht getrauen auszutreten, oder – noch schlimmer – wieder eintreten oder sich „taufen“ lassen müssen. Kirchensteuer müssen sie

dann auch bezahlen. Sicher ist der Arbeitsplatz dann aber noch lange nicht, denn: Wer gegen den Moralko-



dex der katholischen Kirche verstößt (Ehescheidung...), kann wegen der Sonderrechte des „Tendenzbetriebes“ entlassen werden.

Mit der gleichen Begründung dürfen die kirchlich Beschäftigten nicht streiken. Der aktuelle Streik im Sozial-

und Erziehungsdienst macht das Missverhältnis deutlich: 240.000 Beschäftigte im kommunalen Bereich kämpfen faktisch für 500.000 kirchlich Angestellte mit. Diese „Tendenz“-Bestimmungen sind für Staat und Kirche sehr nützlich, damit werden die Rechte der Gewerkschaften und Beschäftigten ausgehebelt.

Dieser verfassungswidrige Trend zur staatlich geförderten Missionierung bei gleichzeitigem Mitgliederschwund wird noch verstärkt. Zwar hatte Bgm. Weigel-Greilich 2007 versprochen, dass keine weiteren städtischen Kitas privatisiert werden sollten. Doch der im RKH-Gelände geplante Kindergarten soll gleich der Kirche überlassen werden.

Und es kommt noch schlimmer. Die August-Hermann-Franke Schule will auf dem ehemaligen Pascoe-Grundstück ebenfalls eine Kita eröffnen; sie gehört zur fanatischen Evangelischen Allianz, die neben weiteren „Teufelswerken“ gegen jede Abtreibung und Homosexualität hetzt, die „*wie außereheliche Sexualität grundsätzlich unvereinbar mit der biblischen Ethik*“ sei (Spiegel, 21/15). Erika Beltz

Zur Wirkung der Religion auf Kinderseelen gibt es ein interessantes wissenschaftliches Experiment: Schulkindern wurde die Geschichte von Josua und seinem Kriegsvolk, wie sie die Stadt Jericho eroberten und anschließend alle Einwohner brutalst abschlachteten, genau so vorgelesen, wie es in der Bibel im Buch Josua 6,21 steht. Die Frage, ob Josua richtig gehandelt hatte, beantworteten danach 66% mit 'Ja', weil es ja Gottes Wille war - 26% lehnten es ab.

Anderen Schulkindern wurde genau dieselbe Geschichte vorgelesen mit nur kleinen Änderungen: Aus Josua machte man einen imaginären chinesischen Kaiser und der Bezug zu Gott fiel weg. Die Frage, ob der Kaiser richtig gehandelt hatte, beantworteten 75% mit einem klaren 'Nein', weil es eben Massenmord und Kriegsverbrechen waren. Nur 7% hielten das Verhalten für gut. Die Berufung auf Gott bewirkt also keinesfalls moralisches Handeln, sondern dient der Rechtfertigung abscheulichster Verbrechen. (Quelle: Richard Dawkins, „Der Gotteswahn“) Ralf Cüppers



Fast 6.000 Flüchtlinge verschiedener Nationen halten sich derzeit in Gießen auf, davon allein 4.300 im ehemaligen US-Depot – auf engstem Raum. Konflikte sind programmiert und werden instrumentalisiert, vor allem von der AfD. Über Fehlalarme und Belästigungen auf der Linie 1 wird groß berichtet. Bezogen auf die große Zahl der Flüchtlinge sind diese Vorfälle verschwindend gering. In der BRD werden jährlich knapp 6 Millionen Straftaten erfasst bei 80 Millionen Einwohnern. Daran gemessen sind die Auffälligkeiten hier minimalst. Und dann beschwert sich noch ein Stadtverordneter der Freien Wähler darüber, dass zuweilen spätabends gesungen wird!

Lärm und Gestank nach der Landesgartenschau

Die „Bürgerinitiative gegen die Landesgartenschau“ beobachtet auch über dieses Defizitereignis hinaus die Folgen. Sie sind offensichtlich so schlimm, dass sich die Stadtoberen nicht trauten, sie vor der Oberbürgermeisterwahl zu veröffentlichen.

Angehäuften Schulden, die in den zweistelligen Millionenbereich gehen, auch wenn sie in verschiedenen Haushaltstiteln versteckt werden. Den Gewinn haben wenige größere Unternehmen, die Lasten bekommt die Gießener Bevölkerung in Form von Steuer- und Gebührenerhöhungen aufgehalst. Der angerichtete Schaden an der

Wem gehört die Wieseckau

Folgende Fragen des Stv. Beltz wird der Magistrat auf der nächsten Sitzung des Stadtparlaments am 9. 7. beantworten:

1. Wer hat derzeit das Sagen in der Wieseckau?
2. Welche Grundlage gab es ohne die Einbeziehung der Stadtverordnetenversammlung für die Namensgebung „Stadtspark“?
3. Gibt es Überlegungen dahingehend, den sog. Stadtspark an den Förderverein der LaGa abzutreten (wie das Gelände des Weihnachtsmarktes an die Stadtmarketing) und welche Konsequenzen sind damit verbunden?

Natur ist finanziell nicht zu beziffern. Bis jetzt wurde von der Stadt noch keine Ausgleichsplanung für abgeholzte Bäume präsentiert. Drei Jahre Verzug Frau Bürgermeisterin!

Die Wieseckau, Erholungs- und Landschaftsschutzgebiet, soll zum Rummelplatz mit Gewinngarantie umfunktioniert werden. Mit Blasmusik am Neuen Teich wurde den wenig verbliebenen Teichhühnern bei einem städtischen Fest der Marsch geblasen. Und der Cafebuden-Betreiber aus Alzenau/Bayern berieselt mit Techno und Bauhaus-Werbung die Erholungssuchenden? Die Verträge mit ihm bleiben im Geheimen.

Und die Schadstoffbelastung: Jahrelang mussten die Bewohner im Teichgebiet Krach und Gestank von LKWs und Baugeräten ertragen. Während

der LaGa waren es Busse und der Parksuchverkehr. Autofahrende Besucher irrten in Gießen herum, weil die Hinweisschilder fehlten.

Die Folge: Gießen gehört in Hessen zu den am höchsten belasteten Gebieten mit Feinstaub und NO₂ – gesundheitsgefährdend hoch.

Und die „grüne“ Bürgermeisterin: Kein Wort von ihr, dass dies billigend in Kauf genommen wurde.

Angesichts der verzweiferten Haushaltslage fragt man sich, wann es so weit kommt, dass die Stadt Teile der Wieseckau an private Unternehmen verpachtet oder verhökert.

Die Gießener müssen ihre Gesundheit und ihre Freizeitgelegenheiten gegen den Zugriff der Stadtregierung verteidigen. Gut, dass es die Bürgerinitiative gibt. Mario Berger



Widerstand gegen die Kürzungen der CDU/Grünen Landesregierung an den Schulen

Die CDU/Grüne Landesregierung plant zu Beginn des neuen Schuljahres drastische Kürzungen der Lehrerstellen: 140 an Grundschulen, 160 an der gymnasialen Oberstufe, davon knapp 40 in den Kreisen Gießen und Vogelsberg.

Besonders in der Sekundarstufe II bedeutet das: größere Klassen und weniger Kursangebote mit höherer Schülerzahl. Viele Schulen werden dadurch mit ihren Lehrkräften deutlich unterversorgt sein. Die hier „eingesparten“ Lehrkräfte sollen für Ganztagschulen, Deutschkurse und Inklusion eingesetzt werden.

Dagegen wehren sich Lehrer, Eltern und Schüler. Sie unterstützen ausdrücklich die geplante Ausweitung der Förderung, für die auch sie seit

Jahren eintreten. Aber sie sind empört darüber, dass Defizite, die die Landesregierung selbst zu verantworten hat, durch Verschlechterung der Lern- und Arbeitsbedingungen in anderen Bereichen bezahlt werden sollen.

Petition des Landesschülerrats

Dagegen hat die Landesschülervertretung eine Petition verfasst, die von der GEW Hessen und dem Landeselternbeirat unterstützt wird; sie kann hier gelesen und unterzeichnet werden: <https://www.openpetition.de/petition/online/keine-stellenstreichung-an-hessischen-schulen>

Gleichzeitig weigert sich die hessische Landesregierung, den Tarifabschluss vom April für die Landesbeschäftigten (2,0% für 2015 und weite-

re 2,4% für 2016) auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Sie hat ihnen eine 18monatige Nullrunde verordnet und anschließend lediglich 1% zugebilligt. Am 16. Juni streikten 6.000 verbeamtete Lehrkräfte; auf der Kundgebung in Wiesbaden bekräftigte der hessische GEW-Vorsitzende Nagel das Recht auf gute Bildung für alle: „Das Geld... ist da. Die Steuereinnahmen dieses Landes sprudeln, wie lange nicht mehr. Wir leben in einer der weltweit reichsten Regionen. Und durch eine sozial gerechte Steuerreform wäre es möglich, die sozialen öffentlichen Aufgaben dauerhaft finanziell abzusichern.“

... wenn in der BRD nicht die Kapitalvertreter über unser aller Lebensbedingungen bestimmten! Erika Beltz

Unikliniken: Rhön will mehr Profit – Beschäftigte wehren sich

Bekanntlich hat die Rhön AG - seit 10 Jahren Eigentümerin der Unikliniken Gießen-Marburg (UKGM) - im vorigen Jahr einen großen Teil ihrer Krankenhäuser an den Medizinkonzern Fresenius verkauft, für mehr als 2 Milliarden Euro. Hauptnutznießer dieses Deals war der Rhön-Gründer und Großaktionär Eugen Münch, der dabei einige hundert Millionen Euro eingenommen haben dürfte.

Angewandt wurde dabei das Heuschrecken-Prinzip: Betriebe billig einkaufen, auf Kosten des Personals (bei Krankenhäusern auch der Patienten) profitabel machen und dann teuer wieder verkaufen. Damit es weiter aufwärts geht mit dem Profit ist Rhön schon wieder auf der Suche nach Kliniken und Medizinischen Zentren, die sie für ein paar Euro kaufen und nach Wertsteigerung wieder abstoßen kann. Außerdem ist der Konzern auf der Suche nach neuen Geschäftsfeldern wie der ambulanten Krankenversorgung. Konkret plant das UKGM, freiwerdende Arztpraxen in ihrem Einzugsbereich aufzukaufen und die so hinzugewonnen Patienten von angestellten Ärzten versorgen zu lassen. Den vertrauten Hausarzt, der vom Patienten mehr kennt als die Krankenakte, gibt es dann nicht mehr.

Für die Rhön AG gibt es nicht nur eine zusätzliche Einnahmequelle, sondern auch der Nachschub für Operationsäle und Krankenbetten wäre gesichert. Das passt zur Ideologie des Rhön-Patriarchen Münch, der 2014 ein Buch mit dem Titel „Netzwerkmedizin“ veröffentlicht hat, in dem er für die völlige Privatisierung des sog. Gesundheitsmarktes plädiert.



Mit Gesundheit hat die privatisierte Medizin natürlich nichts zu tun; für die Betreiber dieses Marktes gibt es nichts Schlimmeres als gesunde Menschen. Möglichst gesund bleiben sollen nur die eigenen Beschäftigten – in deren Dienstplänen sind Ausfälle wegen Krankheit nicht vorgesehen. Ob in der Pflege, der Verwaltung oder in Hilfsdiensten – wenn

jemand krank wird, sollen deren Arbeit die anderen mit erledigen. Da es keine verbindlichen Vorschriften für die Personalbemessung gibt und die Geschäftsführung mit dem Pflichtbewusstsein ihrer Belegschaft rechnet, werden den Beschäftigten immer größere Belastungen abverlangt. Am Berliner Uniklinikum Charité gibt es zurzeit einen Streik (s. Foto), bei dem es nicht um mehr Geld, sondern um mehr Personal geht.

Auch am UKGM laufen Tarifverhandlungen. Die Gewerkschaft ver.di fordert für die etwa 7.000 Beschäftigten 7,5% mehr Geld, mindestens aber 120 Euro mehr im Monat. An einem Warnstreik am 24. Juni beteiligten sich mehrere Hundert Personen, fast alle Operationsäle waren für diesen Tag lahm gelegt. Der Warnstreik war verbunden mit einer bundesweiten Aktion gegen den Pflegenotstand, in der sich die Belegschaften vieler Krankenhäuser mit dem Streik an der Charité solidarisierten.
Gernot Linhart



Wir sind für freie Wirtschaft, nämlich frei von denen, die aus ihr ein Instrument ausschließlich persönlicher Bereicherung machen und dem Volke die Krisen bescheren, den Staat aber die Kosten für die sozialen Opfer ihrer Freiheit des Profitmachens tragen lassen. Wir sind für die Befreiung der Wirtschaft von denen, die jederzeit auch bereit sind, wenn ihre Profite sinken, einen Krieg zu entfesseln, damit ihre Profite wieder steigen.
Walter Ulbricht, 1947



Kita-Schlichtung - dafür wurde nicht gestreikt!

Die Reaktionen auf den Schlichterspruch in der Tarifaueinndersetzung im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst waren bei den Beschäftigten eindeutig: Fassungsloses Kopfschütteln, Empörung und breite Ablehnung. Eine solche Geringschätzung kann nicht akzeptiert werden! Die Gewerkschaft ver.di lehnt das Ergebnis der Schlichtung ab. Sie kritisierte die mangelnde Bereitschaft der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), die Vergütung an die gewachsenen verantwortungsvollen Aufgaben anzupassen. Insbesondere im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik sei die Empfehlung völlig unzureichend.

Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft macht deutlich: Das Ergebnis liege „ziemlich weit weg“ von den Forderungen für die 240.000 Beschäftigten. Eine Würdigung der qualifizierten pädagogischen Arbeit in den Erziehungs- und Sozialberufen sieht anders aus. Die Forderung „Lieber weiter streiken, als dieses Ergebnis annehmen!“ kann nur unterstützt werden.

Wem allein der Vorschlag nützt, zeigt sich schon, wenn man die VKA jammern hört. So sei der Schlichterspruch „außerordentlich schwierig“, obwohl das Gesamtvolumen „deutlich unter den Gewerkschaftsforderungen“ liege. Das ist natürlich nichts Neues: Trotz sprudelnder Steuermehreinnahmen soll das zusätzliche

Geld lieber in teure Rüstungsprojekte gesteckt oder für die Einschränkung des Demonstrationsrechtes, wie letzstens beim G7-Gipfel praktiziert, verwendet werden.

Bestimmen werden nun die Mitglieder. Nur sie selbst können das Ergebnis beurteilen und sollen dann auch entscheiden, ob sie das Wenige hinnehmen oder die Streiks fortsetzen. Bei einer Laufzeit von fünf Jahren, in der sich alle Beteiligten an die Vereinbarungen halten müssen, sind weitere Verbesserungen vorerst nicht in Sicht. Die insgesamt dürftige Gehaltserhöhung macht es nicht besser. Die geforderte generelle Aufwertung aller Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst bleibt weiterhin ein zentrales gesellschaftliches und tarifpolitisches Ziel.

Rainer Grabowski

P.S.: Der Magistrat hat nun beschlossen, die Kita-Gebühren, die während des Streiks bezahlt wurden, zu erstatten, ebenso die Verpflegungsgelder.

Dennoch machte Gießen ein gutes Geschäft: diese Beträge machen nur gut die Hälfte dessen aus, was an Gehältern gespart wurde.



Poststreik - Streik - Klassenkampf

Seit dem 8. Juni sind die Beschäftigten der Post in einen unbefristeten Streik getreten. Die Post hat traditionell, als ehemaliger Staatsbetrieb, einen sehr hohen Organisationsgrad und diesen gilt es zu halten. Zur Zeit streiken ca. 25.000 Beschäftigte von etwa 140.000 Tarifangestellten. Die Post zahlt im Haustarif 17,70 Euro, in den Regionalgesellschaften im Schnitt rund 13 Euro. Gewinne von fast drei Milliarden Euro 2014 sollen durch niedrige Löhne noch weiter erhöht werden.

Sowohl beim Streik der Erzieherinnen, als auch beim aktuellen Streik bei der Post, geht es um sehr viel mehr als die unmittelbaren Arbeitskämpfe. Von 2001 bis 2014 fiel die Zahl der Mitglieder bei Verdi von 2,81 Millionen auf 2,04 Millionen. Insgesamt sank die Zahl der Mitglieder bei den DGB Gewerkschaften von 2004 bis 2014 von 7,01 auf 6,10 Millionen. Durch die Streikmaßnahmen gelang

es Verdi diesen Trend zu verlangsamen.

Während andere Großgewerkschaften wie die IG Metall oder die IG Bergbau Chemie Energie höchstens mit vereinzelt Warnstreiks operieren und sonst am Verhandlungstisch mit dem Kapital einig werden, setzt die zweitgrößte Gewerkschaft stärker auf Arbeitskämpfe.

Streiks an den Fluggastkontrollen, Warnstreiks der Landesbeschäftigten, Ausstände bei der Lufthansa, bei Amazon und jetzt bei der Post. Angedrohte Arbeitskämpfe bei den Energie-Versorgern RWE und Eon sowie bei den Kirchen.

Die Beschäftigungsstruktur im Organisationsbereich von Verdi repräsentiert die „Zukunft“: Befristete, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, Konkurrenz zwischen Gewerkschaften werden immer mehr zur Regel und sind es in vielen Bereichen schon. Dieser Entwicklung können nur klas-

Die Forderungen von Verdi sind:

Rückführung der 49 Regionalgesellschaften (DHL Delivery GmbHs) in den Haustarifvertrag der Deutschen Post AG.

Für Tarifkräfte zum 1. August 2015 eine Einmalzahlung von 500 Euro, für Auszubildende und Studierende an Berufsakademien 250 Euro. Zum 1. August 2016 werden die Entgelte und Ausbildungsvergütungen um linear 2,7 Prozent angehoben.

Der Entgelttarifvertrag hat eine Laufzeit von 27 Monaten bis zum 31. August 2017.

Verlängerung des Schutzes vor betriebsbedingten Kündigungen und Änderungskündigungen bis 31. Dezember 2020.

senkämpferische Gewerkschaften entgegnetreten. Auch die IG Metall und die IG BCE werden mittelfristig vor einer ähnlichen Entscheidung stehen.

Henning Mächerle

Auf die Knie - Merkel will Tsipras zu Fall bringen

Nur wenn die griechische Wirtschaft auf die Beine kommt, können auch Schulden bedient werden. Wer sich dieser simplen Logik verweigert, der will weder den Euro noch deutsche Steuergelder retten, sondern um jeden Preis eine linke Regierung zu Fall bringen. Die von der Troika geforderten Sozialkürzungen und Mehrwertsteuererhöhungen führen die griechische Wirtschaft noch tiefer in die Krise. Es ist ein Angriff auf die Menschenwürde, von der griechischen Bevölkerung weitere Rentenkürzungen zu verlangen, obwohl die Renten in den letzten Jahren um 40 Prozent zusammengestrichen wurden. Es ist eine Attacke auf die Arbeiterbewegung, wenn Gewerkschaften entrechtet werden und entrechtet bleiben sollen, damit die Löhne um ein Maximum gesenkt werden können. Und es ist ein Anschlag auf die Demokratie, wenn Wahlergebnisse ignoriert und Regierungen dazu gezwungen werden, die von einer Gläubiger-Troika verlangten Reformen nur noch abzunicken.

»Die Arbeit muss mit den drei Institu-

tionen stattfinden« und »Deutschland akzeptiert nur einen Vorschlag der drei Institutionen« – dieses Mantra gab Kanzlerin Angela Merkel auch auf dem Treffen mit Alexis Tsipras und dem französischen Präsidenten François Hollande am Mittwoch abend

verstoßen. Sie besteht auf der Beteiligung des Internationalen Währungsfonds, dessen Schreibtischtäter schon in Lateinamerika und Afrika enormes Elend produziert haben. Der IWF hätte 2010 gar keine Kredite an Griechenland vergeben dürfen, sondern auf einem Schulden-

schnitt bestehen müssen. Statt dessen wird gegenüber Griechenland mit irrationalen Zahlen hantiert, aus denen unerfüllbare Forderungen abgeleitet werden. Doch die Verhandlungen scheitern nicht an Zahlen zu Primärüberschüssen und Fragen der Schuldentragfähigkeit. Sonst würden der IWF, die EU und andere Geldgeber keine 40 Milliarden US-Dollar in der bankrotten Ukraine versenken. Die Ukraine bekommt Kredite, damit eine rechte Regierung Waffen für einen sinnlosen Bruderkrieg kaufen kann. Griechenland lässt man am ausgestreckten Arm verhungern, weil man eine linke Regierung in die Knie zwingen will. Sahra Wagenknecht (aus: "junge Welt", 12.6.15)



zum Besten. Damit führt sie solche Treffen ad absurdum, denn sie sollen ja dazu dienen, auf Ebene der Regierungschefs eine Lösung für Probleme zu finden, die durch die Troika erst geschaffen wurden. Merkel versteckt sich hinter der Troika – obwohl sowohl die Europäische Zentralbank als auch die EU-Kommission mit ihrer Erpressungspolitik gegen EU-Recht

zum Besten. Damit führt sie solche Treffen ad absurdum, denn sie sollen ja dazu dienen, auf Ebene der Regierungschefs eine Lösung für Probleme zu finden, die durch die Troika erst geschaffen wurden. Merkel versteckt sich hinter der Troika – obwohl sowohl die Europäische Zentralbank als auch die EU-Kommission mit ihrer Erpressungspolitik gegen EU-Recht

Aus einer Stellungnahme der Kommunistischen Partei Griechenlands

... Damit eine endgültige Lösung zugunsten des Volkes herbeigeführt werden kann, ist ein wirklicher Bruch erforderlich. Loslösung aus der EU, einseitige Streichung der Schulden, Vergesellschaftung der Monopole, mit dem Volk an der Macht. Voraussetzung für einen Kurs der wirklichen Änderung des Kräfteverhältnisses zu Gunsten der Arbeiterklasse und des Volkes ist der Zusammenschluss mit der KKE, ihre Stärkung überall und vor allem dort, wo die Menschen aus den Volksschichten leben und arbeiten.

Hier der ganze Text: <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2015/06/mitteilung-des-politbueros-des-zk-der-kke-2/>



FIFA: Wozu die Korruptions-Aufregung?

„Mein altes Mantra war eine rhetorische Frage: *Glaubt eigentlich irgendjemand, es seien schon mal Fußballweltmeisterschaften oder Olympische Spiele vergeben worden, ohne dass Bestechungsgelder geflossen seien?* Unrhetorisch nachgefragt: *Sind denn alle bestochen?* Antwort: *Je mehr Geld im Spiel, desto ja.*“ So beginnt der Sportkommentator der GAZ und belegt seine Aussage über vier Spalten mit Beispielen. Warum nun ausgerechnet jetzt das FIFA/Blatter-Geschrei? Warum ausgerechnet von den USA ausgehend? Nur weil Gelder über US-Konten geflossen sein sollten? Denkt man an die nächste WM 2018 in Russland, rundet sich das Bild. Zwar ist die Austragung völkerrechtlich verbindlich – doch das soll dem alten/neuen

Feind aus dem Reich des Bösen entrissen werden. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Michael Fuchs, riet zur Aberkennung der Gastgeberrolle Russlands. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU), äußerte sich ähnlich. Die „Grünen“ forderten, unterstützt von ihrem Kriegstreiber Daniel Cohn-Bendit einen Boykott der „Putin-WM“. Und in den USA kursieren Unterschriftenlisten, auf denen namhafte Senatoren einen außerordentlichen FIFA-Kongress und eine neue Vergabe der WM 2018 fordern. Schließlich darf man nicht zulassen, dass 2018 das „friendly fire“ des Westens womöglich die eigenen Spieler trifft. Michael Beltz



Leserbriefe

Der Kapitalismus lässt die Katze aus dem Sack: Nach langen Verhandlungen beträgt der Mindestlohn nun 8,50 Euro. Abgesehen davon, dass er nicht für alle Branchen gilt, müsste er inzwischen mindestens 10 Euro betragen. Selbst bei den 8,50 Euro wird betrogen und gelogen. Begründung: Es gibt zu wenig Personal, das das kontrollieren könnte. Zudem werden die Preise auf die Endverbraucher (z.B. Taxi) weitergeleitet. Nach beschlossenen Mindestlohn ist das sog. Jobplus in Deutschland nach Erkenntnissen von Arbeitsmarktforschern erheblich gebremst (dpa 12.6.15/WDR2 17.6.15). Klar ist, dass die sog. „Unternehmer“ an günstigen Mini-Jobs inter-

essiert sind, daran viel verdienen und sie als „Jobwunder“ darstellen. - Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. Alles andere ist gelogen. Leider hat sich die Mehrheit der Menschen daran gewöhnt und lässt die kriminellen Energien wachsen! Die Wörter Kapitalismus als auch Kriminalität beginnen mit dem Buchstaben „K“. - Ich glaube nicht, dass dies ein Zufall ist! - Der Arbeitsmarkt scheint sich auszu-boomen. Uwe Moldenhauer

Da veranstalten die Imperialisten bzw. ihre Sprachrohre unisono ein Affentheater, nur weil Russland seine nackte Existenz retten will. Ein Geschrei voller Lügen, Kriegshetze und Brutalität. Die NATO-Aggressoren sollen zu Friedensengel gemacht werden und die Existenzverteidiger zu Mördern und Aggressoren! Falk Moldenhauer

Grau ist alle Theorie
Im Stall sagt ein Schwein zum anderen: „*Ich glaube, die mästen uns hier nur, um uns hinterher zu schlachten.*“ Das andere antwortet: „*Ach was, alles bloß Verschwörungstheorien...*“



Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

Redaktionsschluß für August-Echo: Mi., 22. Juli 2015

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr. 193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de
Im Internet: www.dkp-giessen.de
Ich möchte:
O das Gießener Echo abonnieren
O das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:

.....
.....

e-mail:

Situation in der Türkei nach den Wahlen - Perspektive der Linken

Donnerstag, 30. Juli, 19.00 Uhr, Dachsaal DGB Haus

Referent: **Murat Cakir,**

Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen,
Publizist und Kolumnist

Veranstaltung des Linken Bündnisses Gießen

Der pragmatische Imperialismus Deutschlands

Von 1991 bis 2001 herrschte Krieg in Jugoslawien, an dessen Ende der Zerfall des Staates stand.

Dieser Krieg war die erste große militärische Auseinandersetzung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Es zeigt sich eine politische Strategie, welche die imperialistischen Staaten bis heute verfolgen: Die Zerschlagung von Nationalstaaten entlang ethnischer Zugehörigkeiten und deren folgende Umwandlung in Halbkolonien. Wobei es in diesem Zusammenhang deutliche Unterschiede gibt. Deutschland machte in den 1990er Jahren eine „Findungsphase“ durch, in deren Verlauf sich eine Taktik durchsetzte. Man ging auf das amerikanische Angebot 1989 eines „Partners in leadership“ scheinbar ein. Die aktuelle Diskussion um die gemeinsame NSA/BND Aktion zur Wirtschaftsspionage, gegen die sogenannten europäischen Partner wie Frankreich sind ein Indiz dafür. Gleichzeitig zeigte sich im Rahmen des Krieges in der Ukraine 2014, dass Deutschland auch abweichende Positionen zu den USA vertritt, aber letztlich sich nicht offen gegen die USA stellt. Zunächst sollte die Regierung von Wiktor Janukowytsch an der Macht bleiben, und die weitere Entwicklung sollte durch vorgezogene Neuwahlen geklärt werden. Deutschland war für, die USA gegen die Vereinbarung und trotzdem folgte der

Sturz Janukowytsch; Deutschland fügte sich.

Schon im Sommer 2002 hatte sich Bundeskanzler Schröder kategorisch gegen eine Unterstützung des Krieges gegen den Irak ausgesprochen, was ihm von Seiten der „westlichen Partner“ heftige Kritik einbrachte, aber viel Sympathie in der arabischen Welt. Ein weiteres Beispiel dieser Strategie ist die Zerschlagung Libyens. Hier enthielt sich Deutschland bei der Einrichtung einer Flugverbotszone gegen Libyen 2011, ebenso wie China, Brasilien, Russland und Indien, was die Position Deutschlands bei diesen aufstrebenden Wirtschaftsmächten gestärkt haben dürfte.

Die „Exportmaschine“ will geschmiert sein. Die Kanzlerin war damals wie heute Angela Merkel. Sie hatte Schröder 2002 noch massiv wegen seines Verhaltens kritisiert. Das letzte Beispiel ist das Verhalten gegenüber dem sog. „Islamischen Staat“. Die USA, die Türkei, Katar und Saudi Arabien unterstützen oder unterstützten diese terroristische Söldnertruppe. Deutschland lieferte erst spät Waffen an einen kurdischen „Basani Clan“ und zog sich dadurch elegant aus der Affäre. Im Windschatten der Militäreinsätze der USA, Frankreichs, Großbritanniens bastelt Deutschland weiter an seiner ökonomischen Vorherrschaft in Europa.

Henning Mächerle

Hi, ich bin es, der liebe Kumpel von der deutschen Rüstungsindustrie! Ich will nicht stören, aber ich habe ein paar supertolle Schnäppchenangebote im Koffer!!



Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern

Ab sofort gibt es eine Facebook-Seite der DKP Gießen

Wir wünschen unserem langjährigen und geschätzten Echo-Autoren

Klaus Mewes

weiterhin gute Besserung!
Die Echo-Redaktion



news.dkp.de / dkp-giessen.de

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag, Hoffnungs-
Str. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren

Und wir bitten um Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

**Sparkasse Gießen, IBAN: DE75
5135 0025 0000 1930 70**